

Themen des Tages

AUSSENANSICHT; Wir müssen reden; Es hilft nichts, dass die Deutschen jetzt sauer auf die USA sind. Nötig ist ein ehrlicher Dialog über Datenschutz und Spionage

Von Volker Perthes

20 November 2013

2

Deutschland ist verärgert, von der CSU bis zur Linken, so sehr, dass der Bundestag zur Sondersitzung zusammenkam. Diese Verärgerung merkt man mittlerweile auch in den USA. Das Kanzlerinnenhandy abzuhören ist in der Tat ein unfreundlicher Akt. Es ist auch politisch dumm, und es stellt einen Vertrauensbruch zwischen Verbündeten dar. Vor allem aber hat die NSA-Handygate-Affäre eine transatlantische Krise mit erheblichem Eskalationspotenzial ausgelöst. Zwar heißt es jetzt aus dem Weißen Haus, man habe den Ärger in Europa verstanden. Aber es gibt auch eine Reihe wichtiger Meinungsbildner, die die verletzten Gefühle der Europäer für scheinheilig und anti-amerikanisch erklären. Angesichts der starken gemeinsamen Interessen Deutschlands und der EU einerseits und der USA andererseits wäre ein umfassender, kritischer Dialog über Daten, Datenschutz und Spionage sehr viel sinnvoller als ein weiterer Austausch moralischer Vorhaltungen.

Auch in Deutschland weiß man, dass Staaten spionieren. Dass die Dienste einer Reihe von Staaten versuchen würden, die Gespräche der Kanzlerin mitzuhören, konnte niemanden verwundern. Nur haben die Deutschen das eben von China, Russland oder Iran erwartet, nicht aber von den USA. Das mag daran liegen, dass Deutsche im Allgemeinen viel emotionaler an die Beziehungen mit den USA herangehen als Amerikaner an das Verhältnis zu Deutschland und Europa – insbesondere Barack Obama und seine Generation. Deshalb wiegt ein solcher Vertrauensbruch in der deutschen Öffentlichkeit auch schwerer, als vielen Amerikanern einleuchten mag. Den Schaden werden die USA gleichwohl spüren: Deutsche Entscheidungsträger dürften amerikanischen Partnern gegenüber künftig vorsichtiger sein, und sei es nur, weil sie das dumpfe Gefühl haben, dass ihr amerikanisches Gegenüber schon weiß, was auf ihrem Sprechzettel steht. Große US-Internetfirmen könnten Einbußen erleiden, weil Europäer wie Asiaten, Afrikaner und Lateinamerikaner vermehrt nach Alternativen zu Google, Amazon & Co. schauen werden.

Die Bundeskanzlerin und ihre voraussichtlich sozialdemokratischen Koalitionspartner sind pragmatische Politiker, die persönlichen Ärger nicht über nationale Interessen stellen. Forderungen wie die, nun die Verhandlungen über das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) auszusetzen, um die USA abzustrafen, dürften und sollten auch wenig Aussicht auf Erfolg haben. Deutschland und die EU wünschen ein solches Abkommen, weil es den eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen nutzt und weil es helfen würde, bestimmte europäische Standards weltweit durchzusetzen. Statt die TTIP-Verhandlungen aufzugeben, sollte man sie um die Themen Informationssicherheit und Datenschutz erweitern. Eine transatlantische Abmachung über Regeln zum Schutz der Privatsphäre, Internetsicherheit und die Grenzen der Datensammlung durch Polizei, Geheimdienste und Unternehmen würde die Beziehungen zwischen Europa und den USA insgesamt stärken und könnte sogar dazu beitragen, verlorenes Vertrauen wiederaufzubauen.

Eine solche Übereinkunft wäre schon deshalb notwendig, weil sich auch hier zeigt, wie unterschiedlich die „Sicherheitskulturen“ Amerikas und der europäischen Staaten sind. So gilt

es, um nur ein Beispiel zu nennen, in Deutschland schon als Verletzung der Privatsphäre, wenn ein Nachrichtendienst oder eine andere Behörde Kommunikationsdaten, auch Meta-Daten, „auf Vorrat“ speichert. In den USA dagegen herrscht die Auffassung vor, dass dies erst mit der nachrichtendienstlichen Auswertung solcher Daten beginnt, mit dem Lesen privater E-Mails und dem Abhören privater Telefonverbindungen amerikanischer Staatsbürger.

Natürlich gibt es hier nicht nur Unterschiede: So gehört es beidseits des Atlantiks zur allgemeinen Überzeugung, dass Geheimdienste nicht alles tun dürfen, was sie können, nur weil sie es können. Auch sollten sie nicht allein darüber bestimmen, wie viele und welche Daten sie sammeln. Verfassungsrechtliche Grenzen, gerichtliche Überprüfungsmöglichkeiten und parlamentarische Kontrolle sind zentrale Elemente demokratischer Ordnungen – auch, um die eigenen Geheimdienste an der Leine zu halten. In den USA und in Deutschland haben die Parlamente eine entscheidende Kontrollfunktion gegenüber Nachrichtendiensten und Strafverfolgungsbehörden: In den Vereinigten Staaten sind es die Geheimdienst-Ausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senats, in Deutschland das Parlamentarische Kontrollgremium und die G-10-Kommission des Bundestages. Diese Kontrolle muss angesichts neuer technologischer Entwicklungen weiter gestärkt werden. Die meist ziemlich erfahrenen Mitglieder dieser Gremien wissen, dass einige Terroranschläge und so mancher Akt organisierter Krimineller nur durch den Austausch von Informationen verhindert worden sind, die durch die Analyse von Metadaten oder durch das gezielte Abhören und Mitlesen verdächtiger Kommunikation gewonnen wurden. Sie sind der Sicherheit der Bürger, genauso aber auch dem Schutz der bürgerlichen Freiheiten verpflichtet.

Es ist gut, wenn die deutsche und die amerikanische Regierung (und wohl auch die Regierungen Frankreichs und der USA) jetzt über ein „No-Spy Abkommen“ sprechen. Die Position europäischer Staaten in solchen Verhandlungen wäre allerdings stärker, wenn zunächst die drei oder die sechs größten EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Spanien) ein eigenes No-Spy-Abkommen untereinander abschließen. Das gibt es nämlich auch noch nicht – auch deshalb können einige Amerikaner von der Scheinheiligkeit der europäischen Klagen über die amerikanische Spionage sprechen.

Zudem muss der Austausch über die Regeln für nachrichtendienstliche Tätigkeiten und den Umgang mit Daten auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Es reicht nicht, wenn hier nur Regierungsvertreter oder Vertreter der Geheimdienste miteinander verhandeln. Transparenz und Bürgerrechte erhielten so kaum die höchste Priorität. Vielmehr sollten Parlamentarier und Datenschützer einbezogen werden. Schon ein gemeinsames Treffen der Kontrollgremien von Bundestag und Kongress dürfte, bei allen Unterschieden, einiges an Übereinstimmung zeigen, gerade was die Sorgen um den Schutz der Privatsphäre oder die Möglichkeit einer effektiven Kontrolle der Dienste betrifft. Ein solch breiterer Dialog dürfte es auch leichter machen, ein gemeinsames Verständnis darüber zu erreichen, was unter Freunden und Verbündeten zulässig ist – und was nicht.

Der Politikwissenschaftler Volker Perthes, 55, ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er lehrt an der Humboldt- und an der Freien Universität Berlin.